

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.  
Genuss Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1330  
Strolache Riesa Nr. 52.

Nr. 216.

Montag, 15. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 80 mm breiten, 3 mm hohen Grundchrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Hemmigte Rabatt erhält, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Befüllungsart: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzeistraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Die latente Krise.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Als der Reichstag auseinanderging, herrschte die allgemeine Ueberzeugung vor, wenn er im Oktober wieder zusammen kommen werde, würde unbedingt eine Umbildung der Regierung erfolgen müssen. Von der Deutschen Volkspartei hatten die Deutschnationalen gewisse Zugeständnisse erlangt und darauf hingearbeitet, die Diskussion über die Bildung des Bürgerblocks fortzuführen, mit dem Ziel, eine grundsätzliche Neubildung der Regierung vorzunehmen. Die Momente, die seinerzeit die Notwendigkeit einer Regierungsänderung in den Vordergrund rückten, sind heute aber so gut wie vergessen und haben neue Ereignisse abgelöst. Man beschäftigt sich heute vielmehr mit der Frage, wann Deutschland das Dokument der Kriegsschuldfrage ratifizieren und dem Auslande überreichen werde und weiterhin mit den Anregungen in Genf, die den Eintritt in den Völkerbund nahelegen. Die Ansicht über beide Angelegenheiten, die von allen Seiten zusammen geworfen werden, sind verschieden. Die Deutschnationalen fordern die kräftigste Vertretung der Kriegsschuldfrage durch die Regierung und die Ablehnung der Einleitung zum Eintritt in den Völkerbund. Die Mittelparteien verhalten sich ziemlich passiv, während die Sozialdemokraten es gern sehen würden, wenn die Kriegsschuldfrage nicht weiter erörtert würde, dafür aber der Eintritt in den Völkerbund vollzogen werde. Der frühere Reichspräsident Voegelé hat zuerst einen offenen Brief an Stresemann gerichtet, der mit gewissen Nachdruck den Außenminister veranlassen sollte, den sozialdemokratischen Forderungen nachzukommen. Der Außenminister hat hierauf nicht reagiert. Voegelé setzt in der Weisepolemik sowohl als in seinen Reden seine Forderung fort und unterrichtet besonders, daß die Sozialdemokraten mit der Regierung nicht länger arbeiten könnten, wenn sie den Wünschen der Deutschnationalen nachkäme. Den Wünschen der Deutschnationalen nachzukommen hieße aber sich gegen die Forderungen der Sozialdemokraten entscheiden. Nun hat der Außenminister selbst das Wort genommen und man muß zugestehen, daß er den Deutschnationalen mehr entgegenkommt als den Sozialdemokraten und damit die Krise in Gang gebracht hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Neuierungen Stresemanns dahin führen müssen, daß die innerpolitische Diskussion nunmehr stärker und schärfer einsetzt und die Frage der Umbildung der Regierung, die Bildung eines Bürgerblocks nunmehr so forciert wird, daß ein Zusammenbruch des Reichstages bereits die alten Absichten der Deutschnationalen in Erfüllung gehen lassen kann. Die Gefahr, speziell aus anderen Motiven heraus, Bemerkenswert dabei ist, daß die Deutschnationalen bisher gegen den Reichsanwalt Dr. Marx wenig einzuwenden hatten, daß dagegen Dr. Marx sich bereit zeigt, mehr den sozialdemokratischen Forderungen zuzunehmen, während Stresemann sich unerbittlich dem Standpunkt der Deutschnationalen zuneigt und infolgedessen gerade er, der wiederholt den Sturm der Deutschnationalen abwehren mußte, der Vertrauensmann dieser Partei zu werden scheint. Jedenfalls hat er, noch ehe die Regierung sich mit den beiden wichtigsten Angelegenheiten beschäftigte, dem Regierungsbefehl vorgegriffen und seinen Standpunkt so klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland in der Kriegsschuldfrage erst eine Stärkung herbeiführen müsse, um dann zu entscheiden, ob es den Eintritt in den Völkerbund vollziehen solle. Stresemann ist der Auffassung, daß das Völkerbündnisstatut, von den Siegerstaaten geschickt für Deutschland verhandelt wurde, die Freiheit und die Berechtigungen gibt, die es verlangen müsse als gleichberechtigtes Mitglied im Völkerbund. Man wird, aus den Äußerungen Stresemanns zu schließen, annehmen dürfen, daß im Kabinett selbst Schwierigkeiten bei der Beratung dieser Angelegenheit entstehen und vielleicht sogar aus dem Kabinett heraus die Regierungskrise gefördert wird, die selbstverständlich von den Parteien sehr gern aufgenommen werden dürfte. Ob Marx oder Stresemann bei der Neubildung der Regierung im Oktober eine Rolle spielen, läßt sich noch nicht übersehen, denn es steht noch nicht fest, wie sich Zentrum und die Demokraten verhalten werden. Die Deutsche Volkspartei wird jedenfalls Stresemann beden und damit die Regierung zeigen, mit den Deutschnationalen zusammen zu geben. Es wird eingehender Verhandlungen bedürfen, um die Stellung des Zentrums und der Demokraten zu klären, denn eine Regierungskrise, die eine Teilung der bürgerlichen Parteien bringt, würde umso schwerer eine Lösung erwarten lassen, als sich weder nach links noch nach rechts in diesem Falle Weichen bilden lassen und die Absicht, den Bürgerblock zustande zu bringen, an der Partei wiederum, die einen Strich innerhalb der bürgerlichen Parteien zieht, scheitern läßt.

## Differenzen zwischen Marx und Stresemann?

X Berlin. Am Freitag nachmittag hatte sich der Reichsaußenminister Dr. Stresemann vor einem Kreise von Pressevertretern über die beiden bedeutungsvollen Fragen der Ratifizierung der Kriegsschuldfrage und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund geäußert und dabei Ansichten entwickelt, die der national führende Deutsche im großen und ganzen zu seinen eigenen machen könnte. Dr. Stresemann hatte nun ausdrücklich darum gebeten, davon abzusehen, diese Darlegungen als von ihm kommend zu bezeichnen. Um so neugieriger überlieferte es

daher, daß die „V. Z.“ am Freitag, ein Blatt, das die Regierung in letzter Zeit in gewissen Angelegenheiten gern zum Sprachrohr zu machen pflegt, eine „authentische Auslegung“ der Stresemannschen Darlegungen veröffentlicht.

## Die Erklärungen

### des Reichsaußenministers Dr. Stresemann,

die dieser am Freitag abend nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub in einem engeren Pressekreise über die Ratifizierung der Kriegsschuldfrage und über Deutschlands Beitritt zum Völkerbund gemacht hat, sind von der Presse am Sonnabend morgen sehr verschieden beurteilt worden. Die große Verschiedenartigkeit dieser Urteile ist, wie der „V. Z.“ von befreundeter Seite, die mit Dr. Stresemanns Gedankenansichten und Absichten vertraut ist, gemeldet wird, wohl darauf zurückzuführen, daß seine Ausführungen teilweise in ihren diplomatischen Zweckabsichten nicht ganz klar erfasst, teilweise aber auch sehr unvollständig wiedergegeben worden sind, insbesondere seine Ausführungen zur Völkerbündnisfrage.

Zur Ratifizierung der Kriegsschuldfrage sei es durchaus zutreffend, anzunehmen, daß Stresemann nun in dem Kabinettsrat am Montag die sofortige Ablehnung der Ratifizierung fordern würde. Er habe schon früher fundiert, daß ihm die Wichtigkeit der Wahl des richtigen Zeitpunktes für die Ratifizierung durchaus bewußt sei, und Dr. Stresemann verabsieht sich durchaus nicht den Erwägungen, die auf die Schädlichkeit einer sofortigen Aktion hinweisen. Nach den Erklärungen des französischen Vorkämpfers im Auswärtigen Amt zu Berlin wäre dann zum mindesten sofort eine große und propagandistisch angelegene Geäußerung Frankreichs zu erwarten. Ob es nicht auch zu Retorsionsmaßnahmen, z. B. Verzögerung in der Rubrikation, käme, sehe dahin.

Nach den weiteren Ausführungen der „V. Z.“ tritt Dr. Stresemann nicht für die sofortige Ablehnung der Note ein, er denkt vielmehr an einen gelegeneren Zeitpunkt im Zusammenhang mit anderen zu erwartenden Ereignissen und Vorgängen, über die jetzt näheres noch nicht gesagt werden kann.

Zur Frage des Eintritts in den Völkerbund denkt Dr. Stresemann zwar noch immer etwas skeptisch darüber, ob der Völkerbund all die hohen Ziele, die er sich stellt, auch wirklich erreichen wird. Aber er ist nicht weniger als ein Gegner eines Beitritts Deutschlands zum Völkerbund und verleiht sich nicht im mindesten den großen Vorteilen, die Deutschland von einer aktiven Mitwirkung an aktuellen politischen Problemen haben könnte, die demnach im Völkerbund zur Verhandlung gelangen.

Über die Ablehnung eines deutschen Aufnahmegesuchs nach Genf ist nach Dr. Stresemanns Ansicht ungetrenntlich an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen geknüpft: 1. Daß kein Zweifel darüber herrsche, daß ein Aufnahmeantrag Deutschlands nicht die neuerliche Anerkennung des Versailler Schuldprinzips bedeutet. 2. Daß Deutschland die Sicherheit habe, daß es nach Ablehnung des Aufnahmeantrages auch wirklich einen Sitz im Völkerbündnis erhält. Diese Sicherheit besteht aber nach Ansicht Dr. Stresemanns bis heute durchaus nicht.

Dr. Stresemann hat am Freitag ausdrücklich gesagt, daß die Reden von Genf nicht genügen und die Hauptkräfte des Völkerbundes Mittel und Wege genug hätten, auf vertraulichem Wege eine bestimmte Mitteilung nach Berlin gelangen zu lassen. Auf diesem Sach lag gerade der Hauptton seiner Ausführungen, und er ist sicher als ein diplomatischer Witz an die Gegenseite zu verstehen.

Im Anschluß hieran werden in der „V. Z.“ die Meldungen, die besonders in ausländischen Zeitungen über eine Krise im Reichskabinett verbreitet sind, für unrichtig erklärt. Man könne vielmehr mit Sicherheit behaupten, daß zwischen Dr. Stresemann und Marx volle Übereinstimmung herrsche.

## Der Reichsfinanzminister über den Preisabbau.

### Ein Appell an die Privatwirtschaft.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther gewährte einem Vertreter des BZV eine Unterredung über die Preisabbau-Aktion. Die Unterredung verlief wie folgt:

Frage: Welche Wirkungen versprechen Sie sich, Herr Reichsminister, von den heute morgen angekündigten Maßnahmen der Reichsregierung zur Erleichterung des Wirtschaftslebens?

Dr. Luther: „Darum muß ich Ihnen zunächst antworten, daß ich mit keine Wunderwirkungen verspreche. Die Zeit der Illusionen ist vorbei. Jetzt muß die zähe, mühsame Wiederaufbauarbeit beginnen. Viele Wiederaufbauarbeit wird weitaus allmählich Früchte tragen, und zwar dauerhafte Früchte. Die Leute freilich, die zu meinen schienen, nach Annahme der Beschlüsse über das Londoner Abkommen werde bei uns sozusagen über Nacht ein riesiger wirtschaftlicher Aufschwung einleiten, waren ebenso große Illusionisten, wie die anderen, die glaubten, wir hätten unter Leben als Wirtschaft und Volk ausrechenbar können, wenn wir das Londoner Abkommen ablehnten.“

Frage: Sind die Voraussetzungen für den allmählichen Wiederaufbau nicht aber schon durch die Markstabilisierung im vorigen Herbst geschaffen worden?

Dr. Luther: „Ja und nein! Ohne die Maßnahmen des vorigen Herbstes und Winters, also besonders ohne die Schaffung der Rentenmark und ohne die harten finanzpolitischen Eingriffe durch Steuererhöhungen und Ausgaben-Trostmaßnahmen, würde heute für den Wiederaufbau jede

Grundlage fehlen. All das aber waren Maßnahmen Deutschlands mit den letzten Resten seiner eigenen Kraft, die durch den Rubreintritt an der wichtigsten Stelle abgebrochen und durch unheilvolle Inflation völlig aufgesehrt war. Jetzt dagegen wird Deutschland nach dem Londoner Abkommen nach und nach wieder in den Besitz seiner eigenen Wirtschaftskraft kommen, soweit sie durch den Vertrag von Versailles ihm belassen ist. Das Verschwinden der Inflation ist der erste Schritt nach dieser Richtung. Die Rückübertragung der ganzen Vollverwaltung des besetzten Gebietes an die deutsche Regierung wird folgen, ebenso die Wiedervereinigung des Eisenbahnetzes und andere Wiederherstellungsmassnahmen. Von besonderer Wichtigkeit wird die Wiederaufnahme der vertriebenen Deutschen und damit die Wiedererrichtung einer unabhängigen deutschen Verwaltung auch im besetzten Gebiete sein. Außerdem aber wird Deutschland jetzt wieder eine Währung erhalten, die um sich so auszubreiten, die internationale Währungsfrage spricht. Deutschland braucht die Goldwährung, weil es seine Bevölkerung nicht aus dem eigenen Boden ernähren kann, und deshalb auf den internationalen Wirtschaftsverkehr angewiesen ist. Auf der Grundlage dieser Währung, die wegen ihrer internationalen anerkannten Form in sich stärker ist als die Rentenmark, wird es für die Wirtschaft möglich sein, Kredite in größerem Umfange zu erhalten als bisher. Die Rentenmark war für die Zwischenzeit die denkbar beste Lösung und wird vor jedem objektiven geschichtlichen Urteil bestehen. Für den eigentlichen Wiederaufbau aber brauchen wir die Goldgrundlage.“

Frage: Wenn Sie von diesen allgemeinen Gesichtspunkten ausgehen, so können die Maßnahmen, die die Reichsregierung soeben bekanntgegeben hat, doch nur erste Schritte auf der Bahn des Wiederaufbaues darstellen, nur Grundlagen eines Teils, der ins Wirtschaftsleben hineingetrieben wird?

Dr. Luther: „Diese Bemerkung ist völlig richtig. Aus der Bekanntmachung der Reichsregierung fließt deutlich heraus, wieviel davon abhängt, daß der Geist, in dem diese Schritte der Reichsregierung getan sind, nun recht schnell Allgemeingut des deutschen Volkes wird. Die ganze Wirtschaft muß im gleichen Sinne handeln. Im ganzen öffentlichen Leben muß der Grundgedanke größter Sparlichkeit gelten. Wir müssen den Zahlentaukel der Inflation nur endgültig hinter uns lassen. Es muß in der ganzen Wirtschaft wieder heißen: Großer Unmut, kleiner Nutzen. Sollten etwa auch jetzt noch Zwischenglieder des Wirtschaftslebens die Preise festhalten, statt die Vorteile der Preislenkung dem Verbraucher zuzuführen, so würde das sehr bedenkliche Folgen zeitigen. Auch die Reichsregierung selbst wird, sobald nur irgend möglich, alle sonst noch erforderlichen Schritte tun. Besonders im Steuerwesen wird der Reichsfinanzminister dem Reichstag Beschlüsse vorlegen, die eine neue Durchbildung des Steuerwesens in Reich, Ländern und Gemeinden bezwecken und versuchen, die schwere Steuerbelastung, die unser Volk trotz seiner Armut tragen muß, so gerecht und so wenig wirtschaftsbremmend wie möglich zu verteilen und dadurch so leicht wie möglich zu machen. Die heute angekündigten Schritte der Reichsregierung aber müßten sofort unternommen werden, wurden auch von der Wirtschaft lebhaft ersehnt. So ungeheuer schwer die Lasten des Londoner Abkommens auch sind, und so beharrlich und ernst wir auch fortgeht daran werden arbeiten müssen, die Durchführung des Sachverständigenratens für uns tragbar zu gestalten, so wollen wir doch ohne Hören unierer volle Kraft an den Wiederaufbau Deutschlands und damit Europas setzen.“

## Der Reichskanzler wieder in Berlin.

Berlin. (Funkpruch.) Reichskanzler Marx ist wieder in Berlin eingetroffen.

## Blutiger Zusammenstoß mit Kommunisten.

Stettin. Als am Sonntag um 11 Uhr die aus Stettin als Gäste zur Bannerweihe des Stahlhelm Völkisch-Schützenvereins erschienenen Kriegervereine, vom Völkischer Bahnhof kommend, einmarschierten, wurden die Kriegervereine von einem nahezu 200 Mann starken kommunistischen Trupps angegriffen. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoß, dem ein Toter auf Seiten der Kommunisten und 6 Schwerverwundete auf beiden Seiten zum Opfer fielen. Die aus Stettin herbeigekommene und auf zwei Lastautos erschienene Schutzpolizei stellte die Ruhe wieder her und nahm drei Aufhänger auf Seiten der Kommunisten fest. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Die später erfolgte Bannerweihe nahm einen ungestörten Verlauf.

## Blutiger Zusammenstoß in Dessau.

Dessau. Gelegentlich der Feier des anhaltischen Frontsoldatentages kam es gestern in Dessau während der Feier und am Abend in verschiedenen Stadtteilen zu Unruhen, die ein Eingreifen der Polizei notwendig machten. Durch Schüsse wurde ein Arbeiter und ein Mitglied des Wehrwolfes verwundet.

## Die Jubiläumswoche des Roten Kreuzes

Anlässlich seines 60jährigen Bestehens ist in Berlin am gestrigen Sonntag unter starker Beteiligung der Bürgerschaft mit einer Reihe von feierlichen Veranstaltungen eröffnet worden. In den Kirchen wurde auf die Bedeutung der Arbeit des Roten Kreuzes hingewiesen. In der Stadt wurden Sammlungen zur Unterstützung der Wohlfahrts-einrichtungen des Roten Kreuzes veranstaltet.